

Berlin, den 29. November 2023

Offener Brief zu den geplanten Verschärfungen bei der Sicherung des Lebensunterhalts im Einbürgerungsverfahren

Das Forum der Migrant*innen im Paritätischen (FdM) engagiert sich seit 15 Jahren mit verschiedenen Projekten und Initiativen für eine bessere politische Beteiligung der Migrant*innen in Deutschland. Wir haben daher auf das Vorhaben der Koalition das Einbürgerungsrecht zu modernisieren großen Hoffnungen gesetzt. Die Möglichkeit, sich an den Wahlen auf Bundes- und Landesebene beteiligen zu dürfen, ist eine zentrale Voraussetzung für die Sicherung der Teilhabe aller Menschen in Deutschland. Aufgrund der aktuellen restriktiven Einbürgerungspolitik werden bisher viele Menschen von ihren demokratischen Rechten ausgeschlossen. Obwohl in den geplanten neuen Regelungen viele positiven Aspekte beinhaltet sind, wie z. B. die Zulassung der Mehrstaatigkeit und die Verkürzung der Voraufenthaltszeit für die Einbürgerung, hat der Gesetzentwurf auch Nachteile, die wir hier erläutern möchten.

Nach jetzigem Gesetz steht gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 3 StAG ein Bezug von bestimmten Sozialleistungen einer Einbürgerung nichts entgegen, wenn der Leistungsbezug nicht zu vertreten ist. Laut des neuen Gesetzesentwurfs (Drucksache 20/9044) wird diese Regelung für ehemalige Gastarbeiter*innen und Vertragsarbeitnehmer*innen fortgelten. Weitere Ausnahmen sieht der Entwurf nur noch für Personen, die in den letzten 24 Monaten 20 Monate vollzeitbeschäftigt waren, sowie Ehegatt*innen oder eingetragene Lebenspartner*innen einer aus der zuvor genannten Gruppe vor, wenn sie mit einem minderjährigen Kind in familiärer Gemeinschaft leben.

Wir lehnen diese Verschärfung ab und fordern ein Festhalten an die jetzige Regelung, bei der der nicht gesicherte Lebensunterhalt kein Einbürgerungshindernis ist, wenn diese nicht zu vertreten ist. Politische Rechte dürfen nicht vom Einkommen oder einer Vollzeittätigkeit abhängig gemacht werden. Der Hinweis auf eine Härtefalllösung für Menschen, die ihren Lebensunterhalt unverschuldet nicht sichern können, betrachten wir als nicht zielführend, mitunter als zusätzliche Belastung und Barriere für sowieso vulnerablen Gruppen.

Wenn die aktuelle Regelung so verabschiedet wird, werden viele Menschen betroffen bzw. teilweise dauerhaft von der Möglichkeit sich einbürgern zu lassen ausgeschlossen.

Zum Beispiel können viele Menschen mit einer chronischen Erkrankung oder Behinderung und ihre pflegenden Angehörigen ihren Lebensunterhalt in Deutschland nicht (vollständig)

sichern oder in Vollzeit arbeiten, sie unterliegen bei ihrer Arbeitsplatzsuche zahlreichen Barrieren. Es ist davon auszugehen, dass die Gruppe der Menschen mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen und ihre pflegenden Angehörigen besonders hart von dieser Verschärfung getroffen werden, was einen Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz aus Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz sowie gegen Art. 1, 3 und 4 der UN-Behindertenrechtskonvention darstellt.

Auch ältere Menschen, die nicht im Rahmen eines Abwerbeankommens nach Deutschland gekommen sind und ihren Lebensunterhalt nicht sichern können, werden von dieser Gesetzesverschärfung erfasst, ohne dass eine Rechtfertigung für diese Ungleichbehandlung existiert.

Andere Gruppen, wie alleinerziehende Elternteile werden von einer Einbürgerung auf unbestimmte Zeit ausgeschlossen. Mit dem Entwurf wird ein überholtes Familienbild belohnt, bei der eine geteilte Kinderbetreuung und die damit einhergehende Teilzeitbeschäftigung beider Elternteile nicht vorgesehen ist. Dies steht eklatant im Widerspruch mit der sonst im Gesetzesentwurf prominenten Betonung der Gleichbehandlung von Mann und Frau.

Schließlich ist nicht nachvollziehbar, aus welchen Grund noch zusätzlicher Mehraufwand für die ohnehin überlasteten Einbürgerungsbehörden eingeführt werden sollen. Es werden hier weitere bürokratische Schritte geschaffen, die zu einem vollständigen Kollaps des Systems führen könnten.

Wir hoffen, dass Sie im parlamentarischen Verfahren unsere Forderung beachten.

Aufgrund des öffentlichen Interesses an dem Thema erlauben wir uns, den Brief öffentlich zu machen.

Mit freundlichen Grüßen



Deniz Greschner
Sprecherin des Forums der
Migrantinnen und Migranten
im Paritätischen (FdM)



Mahmut Hamza
Sprecher des Forums der
Migrantinnen und Migranten
im Paritätischen (FdM)